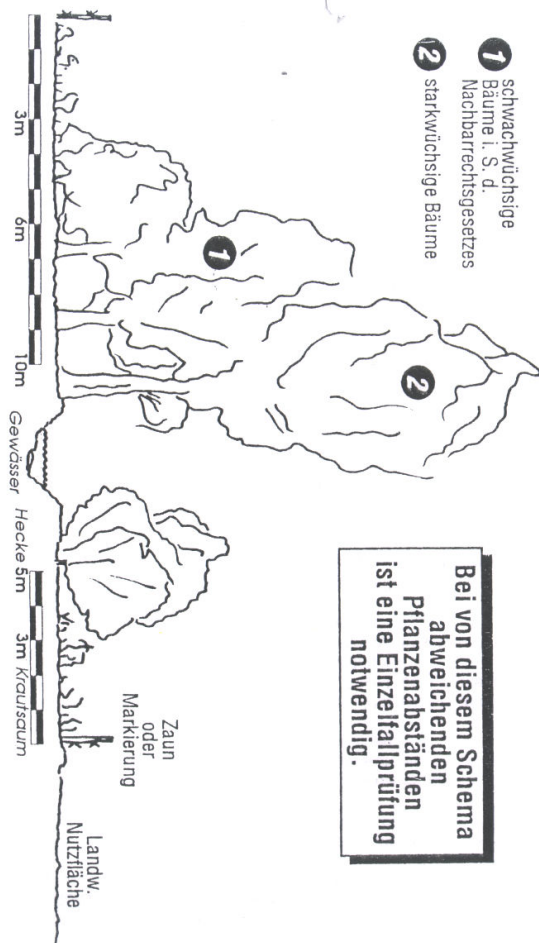


Forderungen der Landwirtschaftskammer bei der Bepflanzung von Uferrandstreifen



Foto: W. Lenzen
Bezirksstelle für Agrarstruktur Ruhrgebiet



Herausgeber:

Bezirksstelle für Agrarstruktur
Arnsberg
Dünnefeldweg 13
59872 Meschede

Telefon: 0291/9915-0
Durchwahl: 0291/9915-60

in Zusammenarbeit mit der

Bezirksstelle für Agrarstruktur
Ruhrgebiet
Platanenallee 56
59425 Unna

Telefon: 02303/96161-0
Durchwahl: 02303/96161-31

Stand: 15.11.2004

Kompensationsmaßnahmen werden häufig in Form von Hecken an den Rändern landwirtschaftlicher Nutzflächen umgesetzt. Bevor sich der Landwirt zu einer solchen Maßnahme verpflichtet, sollte er folgende Punkte bedenken:

1. Bei den zur Durchführung der Maßnahme benötigten Flächen ist der Verkehrswertunterschied von Grünland (Ackerland) zu Unland zu entschädigen. Eine Überführung der Fläche in öffentliches Eigentum ist grundsätzlich auch möglich.
2. Durch das Vorhaben entstehende, nicht wirtschaftlich nutzbare Restparzellen sind auf Verlangen des Eigentümers ebenfalls zu entschädigen.
3. Die Uferrandstreifen sind unter Beachtung des Nachbarrechtes mit einem festen Zaun oder anderen dauerhaften Markierungen von den verbleibenden Nutzflächen zu trennen.
4. Der Ausbauträger hat, soweit gewünscht, auf den in landwirtschaftlicher Weidenutzung verbleibenden Restparzellen Tränkmöglichkeiten für Weidevieh zu schaffen. Soweit die Uferrandstreifen in das Eigentum des Ausbauträgers übergehen, ist die Verlegung von Rohrleitungen (Tränkwasserleitungen, Dränleitungen) zu gestatten und grundbuchlich zu sichern.
5. Ist eine Entfesselung des Gewässers vorgesehen, ist der Uferstreifen so zu dimensionieren, dass in absehbarer Zeit keine zusätzlichen Flächen beansprucht werden. Der voraussichtliche Endzustand, Ufersicherungsmaßnahmen und Leitpflanzungen, sind vor Beginn des Grunderwerbs in Übersichtsplänen darzustellen.

6. Bei Pflanzmaßnahmen sind folgende Kriterien zu berücksichtigen:

- Angrenzend an landwirtschaftlich genutzte Grundstücke ist, zusätzlich zu dem von der Pflanze benötigten Wuchsraum, ein drei Meter breiter Streifen als Krautsaum vorzusehen.
- Bei schwachwüchsigen Bäumen i. S. d. Nachbarrechtsgesetzes NW ist zu landwirtschaftlich genutzten Flächen ein Mindestpflanzabstand von 6 Metern einzuhalten.
- Bei der Pflanzung von Hecken dürfen Bäume als Überhälter nur soweit eingebracht werden, dass die maximal erreichbare Kronenbreite der jeweiligen Baumart höchstens 50 % der Horizontallinie ausfüllt.
- Ist die regelmäßige Pflege eines Wasserlaufes notwendig, darf die Bepflanzung maschinelle Unterhaltungsmaßnahmen nicht behindern.

7. Der Ausbauträger muss die Pflege von Anpflanzungen und des Saumes in eigener Verantwortlichkeit sicherstellen. In einem Pflegeplan sind folgende Maßnahmen verbindlich vorzuschreiben:

- Wachsen in dem an landwirtschaftlich genutzten Grundstücken angrenzenden Krautsaum Brennnessel-, Distel- oder Klettenlabkrauthorste, sind Pflegemaßnahmen vor der Samenreife durchzuführen. Mähgut ist abzufahren.

Unabhängig vom Pflanzenbestand ist mindestens in jedem 4. Jahr ein Pflegeschnitt durchzuführen.

- Bei Pflanzungen auf Ackerland ist bis zum Erreichen einer Hochstaudenvegetation, mindestens aber 3 Jahre lang, zusätzlich auch die übrige, zwischen den Gehölzpflanzen verbleibende Fläche zu mähen.

8. Bei Baumaßnahmen ist zu beachten, dass das natürliche Gefälle zum Vorfluter erhalten bleibt.
9. Die während der Bauzeit vorübergehend in Anspruch genommenen landwirtschaftlich genutzten Flächen sind nach Abschluss der Maßnahmen unverzüglich zu rekultivieren.
10. Die rekultivierten Grünflächen sind mit einer von der Landwirtschaftskammer empfohlenen Saatgutmischung wieder einzusäen.
11. Etwa vorhandene und durch die Bauarbeiten zerstörte Drainanlagen sind ordnungsgemäß an den Vorfluter anzuschließen.
12. Im bereits bestehenden oder sich auf Grund der Pflanzmaßnahmen bildenden Wurzelbereich der Gehölze sind ungeschlitzte PVC-Drainrohre zu verlegen.
13. Der Träger der Baulast hat sicherzustellen, dass auch nach der Neugestaltung des Gewässers die ordnungsgemäße Vorflut erhalten bleibt.
14. Bei von diesem Forderungskatalog abweichenden Pflanzabständen ist eine Einzelfallprüfung notwendig.